

Seminarraumgespräch vom Montag, 27. Jänner 2020

Türkisgrünes Regierungsprogramm - was bringt's den Frauen?!?

Mit ANDREA BRUNNER, Politikwissenschaftlerin, SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin, davor 5 Jahre Mitarbeiterin im Frauenministerium.

Eine frauenpolitische Analyse des türkisgrünen Regierungsprogramms zeigt: Das Kapitel Frauen des Regierungsprogramms ist ambitionslos und in anderen Teilen ist das Programm sogar aus feministischer Sicht sehr negativ zu bewerten.

Dass die Frauenagenden als Anhängsel an ein türkises Integrationsministerium verschoben wurden, ist ein Hohn. Das zeugt davon, dass die Regierung nach Jahren Backlashs Frauen- und Gleichstellungspolitik einfach nicht ernst genug nimmt. Und die ersten Interviews der türkisen Integrations- und Frauenministerin Susanne Raab zeigen noch deutlicher, dass sie sich nicht um alle Frauen kümmern will. Ja, sie distanziert sich sogar vom Feminismus, indem sie behauptet, sie würde Frauen nicht vorschreiben wollen, wie sie leben. Und impliziert damit Feministinnen würden Frauen ihre Lebensentwürfe vorschreiben.

Frauenrechte einfordern ohne Feminismus – das geht nicht.

Wir Feministinnen stehen hingegen dafür, dass Frauen ein selbständiges und unabhängiges Leben führen können und zwar nach ihren eigenen Vorstellungen.

Frauenpolitik braucht Beharrlichkeit und ganz oft viel „Lästigkeit“, um Johanna Dohnal frei zu zitieren. Das zeigt dieses Programm nicht vor. Erinnern wir uns, was feministische Frauenministerinnen erreicht haben: Bei jedem Frauenrecht, das erkämpft wurde, war der Widerstand riesig: Fristenregelung, Familienrechtsreform, Gleichbehandlungsgesetz, Gewaltschutzgesetz, Einkommenstransparenz in Form von Einkommensberichten, die Quotenregelung im Aufsichtsrat.

Umso enttäuschender ist es, dass zB. zur Frage, wie wir zu gleichem Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit kommen, nur Überschriften lesen. Diese bringen keine Veränderung – von einer echten Lohntransparenz ganz zu schweigen. Und zur Frage der gerechten Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit kommen oder ob es verkürzte Vollzeitarbeit geben soll, gibt es gar nichts.

Endlich sollte über Themen diskutiert werden, die alle Mädchen und Frauen betreffen. Die ÖVP trägt das Thema Kopftuch bewusst vor sich her, um die wahren Probleme der Frauen in diesem Land zu überdecken: Armut von Frauen und Kindern, Unterhaltsgarantie, Lohngerechtigkeit. Die Kluft zwischen Armut und Reich wird immer größer. Da brauchen wir endlich Lösungen, die allen helfen.

Es gibt auch keine klaren Signale, dass LGBTIQ-Themen ernst genommen werden. Ja, sie werden zum Teil so unklar betitelt, damit ja keine konservative Person über Begriffe wie Lesben, Schwule, Inter- oder Transpersonen verärgert sein muss. Umso mehr werden wir auch weiterhin zum Beispiel für das Levelling Up im Gleichbehandlungsrecht kämpfen.

Der Punkt Verankerung der Menschenwürde in der Verfassung birgt die große Gefahr damit die Fristenregelung anzugreifen. Diese Verankerung war immer ein Wunsch der AbtreibungsgegnerInnen. Menschenrechte sind in der Verfassung, daher braucht es diesen Passus nicht, um Menschenrechte zu schützen.

Was positiv zu bewerten wäre...

Eine Ankündigung, die allerdings begrüßenswert wäre, ist, dass es zu einer substanziellen Erhöhung des Frauenbudgets kommen soll. Was aber heißt substanziell und werden dann auch wieder die unter Schwarzblau finanziell gekürzten Frauenprojekte finanziert? Das bleibt noch offen.

...und was für den Zusammenhalt gefährlich ist

Heikel bleibt, dass Menschen mit kleinem Einkommen wieder nur mit einem niedrigen Familienbonus von 350 Euro abgespeist werden. Während der gesamte Familienbonus für die Menschen mit höherem Verdienst sogar noch erhöht wird. Schon wieder ist von dem Grundsatz, dass jedes Kind gleich viel wert ist, nichts zu sehen.

Und was eine gemeinsame Obsorge als Regelfall und ein Doppelresidenzmodell in strittigen Scheidungen/Trennungen bedeutet, kann man sich für viele Frauen gar nicht ausmalen. Das ist frauenpolitisch klar abzulehnen. Denn diese beiden Punkte bedeuten, dass Kinder kein Recht mehr auf einen Lebensmittelpunkt haben, abwechselnd bei Mutter und Vater wohnen müssen. Das gilt dann auch im Fall von Streit. Besonders dramatisch ist das jetzt schon im Fall von häuslicher Gewalt. Durch eine automatische gemeinsame Obsorge und den Zwang zur Doppelresidenz wird es vielen Frauen und Kindern deutlich erschwert werden, der Gewaltspirale zu entkommen.

Zu guter Letzt ein nicht rein frauenpolitischer Hinweis zur im Regierungsprogramm festgehaltenen Präventivhaft. Diese Willkürhaft ist eine massive Gefahr für den Rechtsstaat und wird von uns vehement abgelehnt. Eine Haft auf Verdacht öffnet Tür und Tor für Missbrauch. Darum darf es dafür keine Zustimmung geben.